

mächtige, das bevorstehende große Ereignis segne: „Das ist mein Schatz, das sind meine Reichtümer, und daher bitte ich um euer Gebet. Euere Gebete sind meine Mauer und meine Festung“ (a. a. O., n. 20, S. 123).

Nicht nur Euch und Unsere geliebte Priesterschaft, sondern auch das ganze christliche Volk ermahnen Wir zum Gebet: „Sage nicht, Ich bin ein Laie; wie kann ich für den Priester beten? Höre die Schrift: Sie beteten ohne Unter-

laß . . . Diesen Schutz erbitte ich von euch, um diese Gunst flehe ich euch an, und der Gott der Herrlichkeit möge euere Gebete erhören und gebe mir die Gnade, immer offener zu reden, damit ich das Volk, das mir anvertraut ist, zu seinem Heil belehren kann durch Jesus Christus, unsern Herrn, dem mit dem Vater und dem Heiligen Geiste Ehre, Ruhm und Macht gehört von Ewigkeit zu Ewigkeit. Amen“ (a. a. O., n. 21 f., S. 123).

Aus der Ökumene

Die „Politik“ des Weltrates der Kirchen

Wurden in Neu-Delhi die Weichen falsch gestellt?

Als Katholiken, die etwas von christlicher und kirchlicher „Politik“ verstehen, sollten wir nicht kleinlich sein und ungeachtet der jeweiligen Motive erkennen: der Weltrat der Kirchen treibt eine bestimmte „Politik“. Er tat es von jeher, und diese Politik war immer wesentlich bestimmt von einer großen und echten ökumenischen Zielsetzung, nämlich alle christlichen Gemeinschaften um der Einheit der Kirche Christi willen dem Weltrat zuzuführen, auch die orthodoxen Kirchen hinter dem Eisernen Vorhang, die von jeher als Glieder des Weltrates konzipiert wurden. Wer dieses eminent kirchliche Ziel anstrebt und dabei auch daran denkt, den Orthodoxen mehr Freiheit vom kommunistischen Regime zu sichern — was eine Selbsttäuschung sein mag —, der muß auch das Recht haben, die politischen Mittel zu wollen. Der Weltrat fing zweifellos etwas zu einseitig unter dem Einfluß seines prominenten Mitgliedes John Foster Dulles damit an, daß er eine christliche Front gegen jeden, vor allem den sowjetischen Totalitarismus aufrichtete. Dies wurde ihm erleichtert durch die Vorherrschaft des amerikanischen Protestantismus und durch die scharfe Ablehnung, die er bei seiner Gründung 1948 seitens des Moskauer Patriarchats erfuhr, das ihn als „Werkzeug des westlichen Kapitalismus“ brandmarkte.

Kirchlich und kirchenpolitisch gesehen, ist es sicher ein Verdienst von Martin Niemöller und seinen Freunden von der „Bekennenden Kirche“, seit etwa 1954 durch fleißige Verbindungen nach Moskau der Russischen Kirche den Weg zum Eintritt in den Weltrat gebahnt zu haben. Leider gaben sie damit auch den Sowjets die Gelegenheit, u. U. den Weltrat der Kirchen zu Täuschungen zu benutzen. Ob Niemöller nur ökumenische Anliegen leiteten, die schwer zu vereinbarenden Positionen eines militanten, ja antikatholischen Protestantismus mit der hierarchischen Ostkirche zu harmonisieren — was von Asmussen mit Recht belächelt wurde —, oder ob sich auch ein Ressentiment gegen Adenauer und den „restaurativen Kurs“ der CDU und des konfessionellen Luthertums darunter gemischt hat, soll der Gewissenserforschung der Beteiligten überlassen bleiben.

Niemöller hat also wohl nach ökumenischen Gesichtspunkten den Platz im Präsidium des Weltrates, den ihm der Gehirntrust der Genfer Zentrale zgedacht hat (denn alle Wahlen waren vorher „gemacht“), deshalb erhalten, weil man ihm vielleicht noch genug Einfluß zutraut, etwas für die Besserung der Lage der Christen im Osten zu tun.

Ein Mißverständnis

Es ist ein krasses Mißverständnis, wenn die Gruppe Niemöller-Heinemann der Herder-Korrespondenz wegen des Berichtes über „Die Russische Kirche am Vorabend von Neu-Delhi“ (ds. Jhg., S. 88 ff.) unterstellt, wir hätten diese Kirchenmänner eines „politischen Komplotts“ bezichtigt (so u. a. Dr. Gustav Heinemann in „Stimme der Gemeinde“, 15. 1. 62), weil sie der Russischen Kirche in den Weltrat hineingeholfen haben. Wahr ist, daß der Bericht die Möglichkeit begründete, daß die sowjetische Außenpolitik die Russische Kirche als Werkzeug ihrer sog. „Friedenspolitik“ benutzen und die Handlungsfreiheit des Weltrates der Kirchen lähmen könnte, so daß er nicht mehr die öffentliche Weltmeinung auf die Verfolgung der Christen und die Verletzung der Menschenrechte im kommunistischen Machtbereich aufmerksam machen kann.

Unsere Vermutungen sind durch den Verlauf der Tagung der 3. Vollversammlung des Weltrates in Neu-Delhi z. T. bestätigt worden. Die deutsche Presse hat sich ebenso wie einige der deutschen Delegierten darüber erregt, daß der Vollversammlung nur sehr zögernd von der Tatsache Kenntnis gegeben wurde, das Fehlen von zehn ihrer Delegierten aus der Sowjetzone beklagen zu müssen, und daß in der Berlin-Frage keine drastischen Deklamationen abgegeben wurden wie gegen die Unterdrückungspolitik der Portugiesen in Angola und gegen die Rassenpolitik Südafrikas. Gewiß ist diese Einseitigkeit zu bedauern, und Landesbischof Hanns Lilje hat durchaus recht, wenn er mehrfach darauf hingewiesen hat, der Weltrat hätte bei der glatten Aufnahme der Russisch-orthodoxen Kirche wenigstens in einer, leider verhinderten, Diskussion zum Ausdruck bringen lassen sollen, daß man sich gegen etwaige Versuche der Orthodoxen, sowjetische Politik zu treiben, verwahren würde. Vielleicht war es eine notwendige Klugheit der sehr gekonnten Regieführung dieses überforderten Tagungsplanes, daß eine solche Diskussion vermieden und das Berlin-Problem weitgehend ausgeklammert wurde. Es gibt nun einmal in Fragen der Kirchenpolitik eine Opportunität und eine Nicht-Opportunität, die legitim sind. Wir wollen uns als Katholiken nicht nachsagen lassen, daß wir das nicht wüßten. Das Führungsgremium des Weltrates hat die russischen Bischöfe nicht überfordert, man hat es sogar stillschweigend zugelassen, daß die Botenschaft des Patriarchen Alexius von Moskau an den Weltrat und ein Presse-Interview des russischen Delegationsführers Erzbischof Nikodim die Zustimmung der Sowjetregierung zur Teilnahme an der Tagung in gemessener Form mit einigen „Friedensparolen“ honoriert haben.

Dem Weltrat der Kirchen mußte es in Neu-Delhi zuallererst darauf ankommen, daß der neue Start zu neuen Zielen gemeinsam mit der Orthodoxie erfolgen konnte. Das ist ihm gelungen. Die gesamtökumenische Entwicklung, an der auch Rom interessiert ist, hat jedenfalls großen Nutzen davon, denn im Weltrat sind jetzt diejenigen Gruppen gestärkt, denen es um eine katholischen Konzeption von Kirche geht.

Russisch-orthodoxe Verlautbarungen

Nicht um den politischen Charakter des Beitritts der Ostkirche zum Weltrat zu unterstreichen, sondern aus praktischen Gründen sei hier nachgetragen, was an orthodoxen Verlautbarungen vorliegt, abgesehen von der grundsätzlichen Erklärung von Erzbischof Iakovos zur Interkommunion (vgl. ds. Jhg., S. 236).

Die Botschaft des Moskauer Patriarchen Alexius geht von der Versicherung aus, die Russisch-orthodoxe Kirche habe von jeher das Gebot des Herrn zur Einswerdung der Christen als ihren Eckstein betrachtet. Sie sei sich der Bedeutung des teuren Glaubens voll bewußt, den sie von ihrem göttlichen Stifter empfangen hat, des Glaubens, „der sich in ihrem Gottesdienst, im Reichtum der geistlichen Erfahrung während der Jahrhunderte ihres Wirkens und der unzähligen Zeichen der Heiligung, die ihre Arbeit prägen, in so tiefer Weise widerspiegelt. Die Russisch-orthodoxe Kirche hat es immer für ihre heilige Verpflichtung gegenüber Gott und den Mitmenschen gehalten, dieses Erbe nicht nur treu zu bewahren und zu vermehren, sondern es durch ihr Zeugnis der Welt zu verkündigen.“ Sie habe dieses Zeugnis aber niemals einem Proselytismus oder anderen unchristlichen Taten gleichgesetzt und auch nie gegen andere Kirchen oder Denominationen Intoleranz gezeigt, sondern im Geist brüderlicher Liebe und Verstehens danach getrachtet, ihnen in ihrem Ringen um Erfolg zu helfen. (Das gewaltsame Vorgehen gegen die mit Rom unierten Orthodoxen in Polen und Rumänien hat der Patriarch offenbar vergessen.)

Alexius erklärt sodann, er sei sich der Schwierigkeiten auf dem Wege zur Einheit der Christen in einer Kirche wohl bewußt, wolle aber gerne dabei mitwirken: „Die Russisch-orthodoxe Kirche ist bereit, das orthodoxe Zeugnis ihrer Schwesterkirchen, die schon Mitglieder des Weltrates der Kirchen sind, in der Kommission und dem Referat für Glauben und Kirchenverfassung (Faith and Order) zu stärken“, aber auch in den anderen Kommissionen mitzuarbeiten, mit dem Ziel, „alles christliche Werk zu fördern und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um der Menschheit zu dienen und die Bande der Bruderliebe (2 Petr. 1, 7), der Gerechtigkeit (Ps. 99, 4) und des Friedens (Eph. 6, 15) unter allen Völkern zu festigen“. Sie hofft, der Weltrat werde in dieser Richtung noch größere Anstrengungen unternehmen: „Wir sehen, daß die Bewahrung und Festigung des Weltfriedens das Grundproblem unserer Zeit ist... Die Menschheit muß vom Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Probleme befreit werden. Heute ist die Atmosphäre in der Welt voller Spannung. In Erfüllung ihrer Pflicht, Frieden zu stiften, müssen Kirchen, Religionen, Gemeinden und alle Christen entschlossen die Staatsmänner aufrufen und dazu bringen, daß sie Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, zumindest Einigkeit zu erreichen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung mit wirksamer internationaler Kontrolle und über andere Probleme, die der

Menschheit eine Quelle der Sorge sind.“ Mit einem Gebet für den Erfolg der Konferenz von Neu-Delhi schließt die Botschaft.

Erzbischof Nikodim ergänzte sie in einem allgemeinen Presse-Interview nach einigen Seiten. Er erklärte den Umschwung in der Haltung des Moskauer Patriarchats seit der radikalen Ablehnung des Weltrates im Jahre 1948 aus der Beobachtung, daß dieser eine immer objektivere Einstellung zu den Weltproblemen eingenommen und seit der Tagung des Zentralausschusses in St. Andrews 1960 bewiesen habe, der Arbeit von Faith and Order mehr Raum geben zu wollen. Nikodim wurde z. T. sehr scharf — und undiplomatisch — daraufhin befragt, ob es eine Kirchenverfolgung in der Sowjetunion gebe und welchen Platz die atheistische Propaganda einnehme. Er wußte geschickt auszuweichen und lenkte immer wieder dahin, zu versichern, daß seine Kirche vor allem bei Faith and Order mitarbeiten werde. Auf die Frage, ob die Russisch-orthodoxe Kirche sich auch um soziale Fragen kümmere, gab er nur zur Antwort, die Lösung dieser Aufgaben „obliegt in unserem Lande dem Staat“.

In einem Sonder-Interview an den in Neu-Delhi anwesenden Vertreter von KNA, Luitpold A. Dorn, antwortete Nikodim auf die Frage nach der Haltung der Russisch-orthodoxen Kirche zur römisch-katholischen Kirche, es entspreche nicht den Tatsachen, wenn in der Presse von unfreundlichen Gefühlen der Russisch-orthodoxen Kirche gegenüber der römischen Kirche berichtet werde. „Die russisch-orthodoxen Christen bringen den römisch-katholischen Christen die besten brüderlichen Gefühle entgegen...“, aber sie lehnen die politischen Ausfälligkeiten des Vatikans „gegenüber unserem Land ab und weisen sie zurück“. Auf die weitere Frage, wie die russisch-orthodoxe Haltung zum Zweiten Vatikanischen Konzil sei, erklärte Erzbischof Nikodim, das Konzil werde als eine innere Angelegenheit der römisch-katholischen Kirche betrachtet.

„Kein orthodoxes Störungsfeuer“

Man darf also Oberkirchenrat Krüger vom Außenamt der EKD recht geben, daß die Russisch-orthodoxe Kirche nicht durch ein Störungsfeuer die Tätigkeit des Weltrates lahmgelegt habe. Dennoch dürfte es ebenso wahr sein, was der ausgezeichnete Gesamtbericht von „The Christian Century“ (10. 1. 62) darlegt, daß die russische Delegation durch ihre bloße Anwesenheit eine präzise Sprache in den Dokumenten zu politischen Fragen unmöglich gemacht habe, so daß man sich ernstlich fragen müsse, ob der Weltrat der Kirchen nicht den Gewinn an Umfang und Einheit durch die Farblosigkeit, ja Banalität seiner Entschlüsse zu teuer habe bezahlen müssen. Eine gründliche Durchleuchtung der Berlin-Frage sei ebenso verhindert worden wie die Empfehlung der Ordination von Frauen zum kirchlichen Amt. Viele amerikanische Delegierte hätten sich hernach gefragt: „Was haben wir nur angestellt!?“ Auch D. Lilje beklagte die „Perfektion“ einer diplomatischen Regie hinter den Kulissen, die keinen guten Eindruck machte und das Problem eines Institutionalismus aufgeworfen habe, des „Todfeindes der Kirche“ (Sonntagsblatt, 31. 12. 61). Professor George F. Vicedom, ein Delegierter der lutherischen Landeskirche von Bayern, schreibt sogar in seinem Bericht für das „Deutsche Pfarrerbblatt“ (15. 1. 62), daß in Neu-Delhi etwas von der immer abgeschworenen „Überkirche“ zu spüren war und in Folge einer zu zentralen Steuerung die

Vollversammlung geradezu entmündigt wurde, und es habe „eine gewisse Lähmung über der Tagung“ gelegen, obwohl auch er eine aktive Störung seitens der russischen Delegation bestreitet. Eine Illusion dürfte es freilich sein, wenn „Christian Century“ meint, künftig müßten halt die amerikanischen Protestanten etwas vom orthodoxen Glauben annehmen, so wie die Orthodoxen sich der sozialen Aktivität des Westens öffnen würden.

Politische Kundgebungen

Bei der sehr kritischen Würdigung der politischen Dokumente der Sektion „Dienst“ und der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (CCIA) gesteht der Berichterstatter von „The Christian Century“ mit hörbarem Seufzen: wenn man diese Kundgebungen mit der päpstlichen Enzyklika *Mater et magistra* vergleiche, so komme man hinsichtlich der Substanz und des Stils zu einem traurigen Ergebnis. Hätte man sich wie der Papst auf ein zentrales Thema beschränkt, so wäre es vielleicht möglich gewesen, ebenso klar und hilfreich zur Welt zu sprechen, wie es *Mater et magistra* getan habe. „Das Licht, das vermutlich die Leute nach Neu-Delhi zog, wurde niemals recht entflammt, und die Delegierten reisten heim mit der Ungewißheit, was eigentlich gesagt und getan worden ist.“ Übrigens gilt diese Kritik auch der sog. „Basis“ des Weltrates, die trotz ihrer trinitarischen Erweiterung zugunsten der Orthodoxen für viele ein Anstoß und Gegenstand des Streites bleiben werde, schon allein deshalb, weil sie der wirklichen Menschheit Jesu nicht gerecht werde!

An den Beratungen der Sektion „Dienst“ waren 300 Delegierte beteiligt, die sich auf vier Ausschüsse verteilten: 1. Christliche Verantwortung in dem rapiden sozialen und technischen Wandel der Gesellschaft, 2. Verantwortung für die Ordnung und Unordnung der Welt, 3. das Verhältnis von Freiheit und Macht und 4. individuelle und korporative Hilfe für menschliche Not. In sieben Sitzungen mit zusammen 16 Stunden wurde dieses Allerweltsprogramm durchberaten, so daß schließlich, wie „Christian Century“ bemerkt, ein „Mischmasch“ herauskam, der sich mit dem entsprechenden Dokument von Evanston (1954) nicht messen könne.

Man ging aus von der universalen Liebe Gottes in Jesus Christus, die zum Dienst an allen Nöten unserer Zeit verpflichtet. Die soziale und politische Revolution mit ihren wirtschaftlich-technischen Ursachen solle positiv bewertet werden. Nation und Staat stehen unter dem Gericht und der Gnade Gottes, und ihre Macht sei dadurch für Christen begrenzt. „Christen können unter jedem politischen System redlich (with integrity) leben, aber einige politische Strukturen sind günstiger als andere für die Entwicklung von Ordnung, Gerechtigkeit, Freiheit und verantwortlicher Bürgerschaft.“ Man solle für das Maximum an Schutz der Personwürde eintreten, für Gerechtigkeit, gegen Rassendiskriminierung usw. kämpfen. Die Christen, die Glieder verschiedener Nationen unter verschiedenen politischen Systemen sind, konstituieren eine Gemeinschaft, die alle Grenzen überschreitet, und üben das Amt der Versöhnung aus. Sie müssen die Marxisten vor dieselbe Frage stellen wie die Führer des Westens, ob sie nicht mit ihren Prinzipien den Frieden bedrohen. Entwicklungshilfe, Ablehnung der nuklearen Versuche und Verwerfung der Atomwaffen, die gegen die Integrität des Menschen gerichtet sind und daher Gott,

den Schöpfer, beleidigen, totale Abrüstung, alle diese Punkte wurden behandelt.

Eine bezeichnende Krise gab es bei Absatz 66, den man in mühseliger Arbeit in diese Formel gebracht hatte: „Die Erzeugung, Lagerung und Verfeinerung moderner Werkzeuge unkontrollierbarer und unbegrenzter Zerstörung, statt sie zu vernichten, muß verdammt werden . . .“ Noch in der Vollversammlung, als der Text zur Annahme vorgelegt wurde, intervenierten zwei Laien, die Mitglieder von Parlamenten zweier westlicher Nationen sind, gemeinsam mit „berufsmäßigen Kirchendiplomaten“, die seit je das Denken des Weltrates in internationalen Fragen beherrschen, und erwirkten eine unklare Einfügung, wonach nur „der Gebrauch wahlloser Waffen zu verurteilen ist“. Der Berichterstatter und Hauptschriftleiter des „Christian Century“ findet diese Intervention, der stattgegeben wurde, skandalös, sie dürfe sich nie wiederholen, denn „die Vollversammlung ist souverän“ — was nach der Verfassung des Weltrates gar nicht stimmt, denn die Vollversammlung kann keine bindenden Beschlüsse für die Mitgliedskirchen fassen. Damit erübrigen sich diese wie andere Aufregungen über den einen oder anderen Punkt in dem Katalog politischer Wünsche, den man — um jedem etwas zu geben — der Vollversammlung präsentierte.

Der Katalog der CCIA

Jede der Kommissionen des Weltrates muß naturgemäß auf einer Vollversammlung zum Zuge kommen, auch, damit ihre Etatforderungen eingesehen werden. Es ist verständlich und menschlich ganz in der Ordnung, daß jede Kirche auch im politischen Programm der CCIA etwas für die Interessen ihres Volkes herausholen möchte. Ob es ebenso verständlich ist, daß die verschiedenen, einander bekämpfenden Richtungen in einer Kirche wie der EKD, die auf den Synoden hierzulande gebändigt werden, die Vollversammlung des Weltrates dazu benutzen, um den politischen Katalog mit ihren Spezialitäten zu vervollständigen, ist eine Frage für ökumenische Liebhaber, die uns nicht anfigt. Denn derartige Berichte, die die Vollversammlung „nemine contradicente“ entgegennimmt, sind, wie schon öfter in dieser Zeitschrift betont, keine Entscheidung einer souveränen Instanz, die über Fragen des Glaubens und der Sitte befindet.

Der Bericht der CCIA beginnt mit der Notwendigkeit, ihre Arbeit zu verstärken und der Bedeutung der asiatischen und afrikanischen Mitglieder durch ihre Hinzuziehung mehr Rechnung zu tragen. In der Linie ihrer traditionellen Tätigkeit wiederholt sie die Verurteilung des Krieges und sogar der modernen Spionage, weil diese die Autorität der Staaten unterwühlt. Sie gibt die verschiedenen Ansichten in ihrer Mitte über Abrüstung und Kernwaffenversuche wieder, fordert sofortige Abrüstungsverhandlungen und ein genaueres Studium der unterschiedlichen Konzepte der USA und der Sowjetunion über eine internationale Polizeitruppe, verurteilt abermals Frankreich, weil es den Stop der Kernwaffenversuche verhindert habe, und entschuldigt fast die USA, wenn sie nunmehr ihre Kernwaffenversuche wiederaufnehmen sollten. Es fehlt auch nicht ein Satz zugunsten von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen. Dann kommt der Bericht zur Aufzählung der internationalen Krisenherde: „Zu ihnen zählen Berlin, der Kongo, Angola, Algerien, Vietnam, Laos, Korea, Kuba und die Dominikanische Republik. Der gefährlichste ist wohl Berlin, obwohl auch

die mögliche Gefahr in Vietnam als sehr ernst anzusehen ist“ (nach „Evangelische Welt“, 1. 1. 62, S. 1 ff.).

Die Berlin-Frage

In einem Abschnitt über die Berlin-Frage werden die verschiedenen Ansichten sorgfältig referiert, ohne eine bestimmte Empfehlung zu geben. Man gibt jedoch anschließend eine Reihe „allgemeiner Richtlinien“ zu einigen Problemen: Jeder Versuch, eine unbefriedigende Lage durch Gewalt zu ändern, wird abgelehnt. Die Kirche habe den klaren Auftrag, vor einem Kurs zu warnen, der die Spannungen vermehrt. Konzessionen müßten von allen Beteiligten gemacht werden. Die Welt müsse lernen, solche Fragen mit Geduld zu lösen. Dann folgen zwei Absätze, in denen die Niemöller-Gruppe ihre Ideen eingetragen hat. Es wird an den Rapackiplan, den Edenplan, den Gaitskellplan und ähnliche erinnert, deren Studium die CCIA aufnehmen müsse: „Die Kirchen haben eine Pflicht, in diesem gefährlichen Augenblick die Nationen vor weiteren provokativen Handlungen in der Berliner Situation zu warnen. Beispiele, die erwähnt werden könnten, sind: jeder Versuch, West-Berlin vom Osten oder vom Westen zu isolieren; oder die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen. Die Christen müssen ganz klar zum Ausdruck bringen, daß, ganz abgesehen von Recht oder Unrecht in diesem besonderen Fall, politische Handlungen, die Kirchen und Familien aufspalten oder Christen von Christen trennen, Angelegenheiten sind, die sie unter keinen Umständen billigen können.“ Das ist immerhin auch eine Verurteilung der „Mauer“ Ulbrichts und nicht nur der Politik von Franz-Josef Strauß. Man darf zugeben, daß „die deutschen Bischöfe sich gut geschlagen haben“, wie „Die Welt“ (8. 2. 61) berichtet hatte. Und dennoch wurde alles vermieden, was der russisch-orthodoxen Delegation einen ungunstigen Empfang nach ihrer Rückkehr in die Heimat hätte eintragen können.

Der III. Teil des Dokuments der CCIA ist prinzipieller gehalten: „Die internationale Gemeinschaft im Umbruch“. Er liest sich gut und wird auch katholischen Lesern gefallen, die genau derselben Ansicht sind, daß z. Z. kein vollkommenes System weltweiter Zusammenarbeit erwartet werden kann, die menschliche Gesellschaft sich aber auf solche Formen umfassender politischer Zusammenarbeit hinbewegen muß, vor allem durch Förderung der Vereinten Nationen und rasche Entkolonialisierung, auch durch Schaffung regionaler Einrichtungen zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme und friedlicher Änderung unhaltbarer Verhältnisse. Aber wie soll „ein gemeinsames internationales Ethos, ein gemeinsames Wertesystem für das Gewissen der Menschheit“ entstehen? Nichts wird gesagt, ob die Russisch-Orthodoxen und ihre ungleichen deutschen Freunde dazu einen Beitrag leisten könnten.

Der IV. Teil kommt in der Behandlung der Entwicklungsländer *Mater et magistra* recht nahe, auch durch die dringende Empfehlung eines wirksamen Gesamtplanes für die Weltwirtschaftsentwicklung. Es ist eigentlich schade, daß Edward Duff SJ als berufener Experte für diese Fragen in seinem Londoner Vortrag über Neu-Delhi nicht die Gleichartigkeit der Gedanken gewürdigt hat, die freilich in der Frage der „verantwortlichen Familienplanung“ von

den katholischen abweichen. Auch die CCIA betont, wie Papst Johannes, daß die reichen Nationen nicht nur als Gebende auftreten sollten, sondern daß die Entwicklungsländer aus ihrem reichen Kulturerbe etwas beizutragen hätten.

Der letzte und V. Teil über „Menschenrechte und Religionsfreiheit“ erörtert das Lieblingsthema der „lebendigen Tradition“ des Weltrates der Kirchen. Hier werden deutlich internationale Garantien für die Beachtung dieser Menschenrechte gefordert, und zwar in allen Gebieten. In jenen Völkern aber, wo die wieder auflebenden nichtchristlichen Religionen einen starken Einfluß auf das soziale Leben üben und die Christen als Minderheit leben, vielleicht sogar die Wiedergeburt einer Staatsreligion bevorsteht, müßten die Prinzipien der Religionsfreiheit beachtet werden. Das war auch ein freimütiges Wort an Burma und Ceylon. Aber es war eines unter vielen anderen. Ob es gehört worden ist?

Die kritische Weichenstellung

Damit sind unsere Berichte über die 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen vorerst abgeschlossen. Es wird noch einmal nötig sein, auf den Bericht der Sektion „Einheit“ zurückzukommen, der nun vollständig vorliegt, sobald auch maßgebende Stellungnahmen aus den verschiedenen Kirchen bekannt geworden sind. Denn hier ist wirklich eine Weiche gestellt worden, und zwar fort von der ekklesiologischen Neutralität von Toronto (1950) auf das Ziel, die Einheit der Kirchen gemäß der Formel von St. Andrews in der Ortskirche zu verwirklichen. Diese Entscheidung ist zweifellos ein Werk und ein Erfolg der Kreise um Bischof Lesslie Newbigin, jetzt beigeordneter Generalsekretär des Weltrates und wohl präsumptiver Nachfolger für den 1965 ausscheidenden Dr. Visser 't Hooft. Schon jetzt ist erkennbar, daß die sog. Konfessionskirchen diese Festlegung als Versuch einer Aufspaltung ihrer übernationalen Bekenntniseinheit, ja als eine „Revolution von unten“ ansehen. Damit wird praktisch auch das Gespräch mit Rom weitgehend blockiert, weil selbstverständlich die Wiederherstellung der Einheit der Christen, wenn man die Katholiken hinzuziehen möchte, gerade nicht innerhalb einer Orts- und Diözesankirche ausgehandelt werden kann, sondern nur im Gespräch mit dem anerkannten päpstlichen Primat (vgl. das Urteil von Professor Ernst Kinder, ds. Heft, S. 288).

Zum Schluß seien unsere deutschen Leser auf eine Überraschung vorbereitet. Das Fernsehteam der EKD hatte sich in Neu-Delhi vorgenommen, das Ereignis der Vollversammlung optisch mit den Augen eines christlichen indischen Taxi-Drivers aufzunehmen. Da dieses Gewerbe aber in den Händen der Sikhs liegt, war es schwer, einen christlichen Chauffeur zu entdecken. Man fand ihn schließlich, aber bei der Arbeit stellte sich heraus, er war ein römischer Katholik. Wir werden also den Neu-Delhi-Film mit den Augen eines indischen Katholiken sehen!

Als erste Dokumentation der 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen liegt jetzt die von Focko Lüpsen, Chefredakteur des Evangelischen Pressedienstes, besorgte Veröffentlichung vor: „Neu-Delhi — Dokumente“ (Luther-Verlag, Witten/Ruhr, 505 S.). Die amtliche Dokumentation erscheint alsbald im Evangelischen Missionsverlag, Stuttgart.